

Von der nationalen zur sozialen Befreiung?

Bewegungen im Süden und ihre Transformationsprozesse

Landbesetzungen, Rebellionen gegen postkoloniale Regime, Arbeiterinnenproteste in Weltmarktfabriken - die Formen, in denen sich heute in Ländern des Südens sozialer Protest äußert, sind sehr vielfältig. Nach dem Niedergang des Realsozialismus haben sich die Strategien und Utopien zur Überwindung kolonialer Abhängigkeit und kapitalistischer Ausbeutung ebenso geändert wie die politischen und ökonomischen Eckpfeiler der Weltordnung. Das Scheitern der Idee von der nationalen Befreiung stellt heutige soziale Bewegungen vor die Frage, wie sie ihr Verhältnis zum Machterwerb und zu nationaler oder ethnisierter Identität gestalten sollen.

Von der Gruppe demontage, August 2001

Jahrzehntlang war der sowjetische Weg des "Sozialismus in einem Land" zugleich Modell und Bedingung der antikolonialen sozialistischen Bewegungen in den Ländern des Südens. Die aufstrebenden Unabhängigkeitsbewegungen konnten darauf hoffen, nach einem Sieg in den Ostblock eingebunden zu werden und nach sowjetischem Vorbild ihre Wirtschaft zu entwickeln. Darum organisierten sich im Trikont soziale Bewegungen vielfach als nationale Befreiungsbewegung und sahen die Eroberung der Staatsmacht als Schlüssel zum Erfolg. Da diese meist nicht freiwillig von der Kolonialmacht oder ihrer Statthalter aus der lokalen Bourgeoisie aus der Hand gegeben wurde, kam den bewaffneten Guerillas eine zentrale Bedeutung zu. Deren militärischer Apparat begriff sich meist als Staat im Wartestand und übernahm mit der militärischen auch die soziale und politische Kontrolle über das zu befreiende Gebiet. Im günstigsten Fall wurde diese dazu genutzt, die sozialen Verhältnisse zum Beispiel im Bereich der Landverteilung zu verbessern und die Selbstorganisation der Bevölkerung voranzutreiben. Oftmals wurden diese Vorhaben jedoch auf die Zeit nach der siegreichen Revolution oder gar nach dem "Aufholen" der wirtschaftlichen Entwicklung vertagt.

Sowohl die Kolonialregimes als auch die Regierungen der unabhängigen Staaten waren oft als brutale Militärdiktaturen organisiert und ließen wenig Raum für soziale Bewegungen. Der Rückzug als Guerilla in unzugängliche Regionen des Landes, beispielsweise in El Salvador, war die einzige Überlebenschance für aufsässige BäuerInnen, GewerkschafterInnen und StudentInnen. Auch in Mexiko zogen sich nach dem Massaker an oppositionellen StudentInnen von 1968 viele auf das Land zurück und bildeten dort mit in die Illegalität gedrängten LandarbeiterInnen Guerillagruppen. Die bewaffneten Gruppen waren in unterschiedlichem Maße immer auch mit zivilen Bewegungen und Parteien verbunden.

Zeitgleich mit dem kapitalistischen fordistischen Regulationsmodell geriet auch der sowjetische Entwicklungsweg Anfang der 70er Jahre in die Krise. Während es den kapitalistischen Metropolen gelang, durch die Umwandlung der Nationalstaaten in neoliberal ausgerichtete "nationale Wettbewerbsstaaten" einen neuen ökonomischen Schub zu erlangen, sah sich die Sowjetunion unter dem Druck des Westens zur Selbstauflösung gezwungen. Das ökonomische Modell war zu sehr mit der staatlichen Ideologie verbunden, um kurzerhand geändert werden zu können. Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnten nationale Befreiungsbewegungen im Falle ihres Sieges nicht mehr auf die Integration in den Weltmarkt hoffen. Das eine Wirtschaftssystem ist verschwunden, das andere hat es nicht mehr nötig, im Rahmen der Blockkonfrontation Zugeständnisse zu machen. Zudem steht der Weltmarkt der "neuen Weltordnung" unter veränderten Vorzeichen: Nicht die Einbindung von Nationalökonomien über den Warenaustausch ist das bestimmende Moment, sondern die wirtschaftliche Integration als Standort einer globalisierten Produktion. Und nicht zuletzt ist der mehr oder weniger direkte militärische Rückhalt durch die Sowjetunion weggefallen.

Die Reaktionen nationaler Befreiungsbewegungen auf die veränderte Situation lassen sich in drei Strömungen unterteilen: Eine völkisch-ethnizistische Tendenz, welche emanzipatorische Forderungen Stück für Stück aufgibt, um im Standortwettbewerb möglichst viele Vorteile für das eigene "Volk" herauszuholen. Beispielhaft dafür stehen die Entwicklung der kurdischen PKK, der korsischen Befreiungsbewegung und der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Eine republikanische Tendenz will zunächst die formale bürgerliche Gleichheit durchsetzen, um auf dieser Grundlage weitergehende soziale Projekte umzusetzen. Sie schwankt zwischen nostalgischem Einfordern des fordistischen Sozialstaats und Akzeptanz der neuen (neoliberalen) Spielregeln unter Beibehaltung des Gleichheitsanspruchs. Auch hierbei geraten soziale Forderungen zunehmend unter Druck, wie die Entwicklung der irischen IRA und des südafrikanischen ANC bezeugen. Eine dritte sozialistische Strömung stellt die sozialen Forderungen in den Vordergrund und den Nutzen der Eroberung der Staatsmacht in Frage. Basisdemokratische, antirassistische und antipatriarchale Strukturen sowie konkrete Verbesserungen der Überlebensbedingungen sind der Maßstab ihres Erfolges. Die EZLN in Chiapas ist das wohl bekannteste Beispiel dafür.

Gretchenfrage nach dem Staat

Als 1985 die führenden Mitglieder der uruguayischen Guerilla Tupamaros nach 13 Jahren Kerker frei kamen und eine legale Organisation bildeten, verkündete einer von ihnen, sie hätten viel zu spät begriffen, dass sie zur Hochzeit ihres bewaffneten Kampfes Anfang der 70er Jahre eigentlich schon "gesiegt" hatten. Gemeint war, dass die Tupamaros mit ihren sozialen Forderungen eine gesellschaftliche Resonanz erreicht hatten, die sie in der darauffolgenden Dynamik von Guerillaaktion und staatlicher Repression nur verlieren konnten. Die erste Kampagne der neuformierten Organisation war daher der Gang in die Stadtteile, um mit der Bevölkerung über die Aktionen der 70er Jahre und die aktuelle politische Situation zu diskutieren.

Auch die Tragweite einer Eroberung der Staatsmacht stellten die (Ex-)Tupamaros in Frage. So überlegten sie, welchen Handlungsspielraum das linke Wahlbündnis Frente Amplio (dessen Teil sie sind) hätte, wenn es tatsächlich die Präsidentschaftswahlen gewinnen würde. Dies blieb auf landesweiter Ebene eine theoretische Frage, praktisch wurde sie aber bald im Falle der Stadtregierung von Montevideo. Nachdem die Frente Amplio hier die Mehrheit errungen hatte, war eine der Strategien im Umgang mit dem engen politischen Handlungsrahmen, diesen zumindest so transparent wie möglich zu gestalten. Ihr Projekt, städtische Entscheidungsgewalt an Stadtteilräte zu delegieren und damit deren Grenzen erfahrbar zu machen, wurde von der Gegenseite nicht umsonst mit am schärfsten bekämpft.

Mit einem ähnlich kritischen Verhältnis zur Staatsmacht wurden knapp zehn Jahre später die Zapatistas im Süden Mexikos bekannt. Mit der Macht ihrer Gewehre verschafften sie sich Gehör und öffneten einen Raum für soziale Kämpfe, der weit über das Gebiet ihres militärischen Einflusses hinaus in die mexikanische Gesellschaft und in die Linke weltweit hinein wirkt. Die Zapatistas sind zu einem Kristallisationspunkt der entscheidenden Fragen geworden, denen sich soziale Bewegungen stellen müssen, sofern sie einen emanzipativen Charakter haben (wollen) - egal, ob sie mit oder ohne Waffen kämpfen.

Überraschende Machtübernahme

Die antiherrschaftliche Politik der Zapatistas richtet sich sowohl gegen den Aufbau eines Machtzentrums innerhalb der eigenen Organisation EZLN als auch gegen die Illusion der Eroberung des Machtzentrums der Gegenseite, um dieses als Träger eines emanzipativen Prozesses umfunktionieren zu können. Diesem Ansatz sind jedoch enge Grenzen gesetzt: Massaker wie das von Acteal, aber auch Vorhaben wie der "Plan Puebla-Panama" sind Versatzstücke eines schmutzigen Krieges, wie er in den 70er Jahren in den USA zur Aufstandsbekämpfung konzipiert wurde. Militärische Drohung geht darin mit regionaler Entwicklung und ideologischer Propagandaarbeit Hand in Hand. Egal was die Zapatistas

dazu denken, die Gegenseite stellt die Machtfrage ständig. Der Wahlsieg von Vicente Fox im letzten Jahr ist ein weiterer Schritt im Anfang der 80er Jahre eingeleiteten Umbau Mexikos zum formal-demokratischen Wettbewerbsstaat. Die Zunahme formal-bürgerlicher Rechte in Mexiko hat bislang nichts an den Mechanismen rassistischer Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit geändert. Der scheinbare Fortschritt aber hat die Forderung der EZLN nach Gewährung materiell unterfütterter demokratischer Rechte erheblich erschwert.

Auch in Ecuador wurde das Verhältnis einer heutigen soziale Bewegung zu Staat, die sich von vornherein nicht als nationale Befreiungsbewegung konstituiert hatte, auf die Probe gestellt. Im Januar 2000 mündeten die Proteste gegen die Dollarisierung der Wirtschaft und die neoliberale Politik der Regierung in einen Aufstand. Träger war vor allem die Organisation der indigenisierten Bevölkerungsteile in Ecuador, die CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador). Sie entstand 1986 als Zusammenschluß der Organisationen indigener Gruppen aus dem ecuadorianischen Hoch- und Tiefland. Während zu Beginn kulturell-ethnisierte Fragen im Vordergrund standen, gewannen im Laufe der neunziger Jahre soziale Themen an Bedeutung. Die CONAIE unterstützte 1996 im Präsidentschaftswahlkampf den Mitte-Links-Kandidaten und kandidierte zudem - wenn auch nicht unumstritten - mit einem eigenen parteipolitischen Ableger namens Pachakutuk-Nuevo País, der seitdem im Parlament vertreten ist.

Im Januar letzten Jahres rückte die Umsetzung ihrer Forderungen für die CONAIE in greifbare Nähe. Zusammen mit kleineren linken Gruppierungen und Teilen des Militärs stürmte sie das Parlament und setzte eine provisorische Junta ein. Durch die Intervention der Armee wurde jedoch die Junta abgesetzt und der ehemalige Vizepräsident zum Präsidenten ernannt. In dieser Situation war die CONAIE völlig überraschend mit der Frage der Machtübernahme konfrontiert. Daran wird deutlich, dass auch Bewegungen wie die CONAIE, die trotz ihres widersprüchlichen Charakters am ehesten als Reformbündnis charakterisiert werden kann, längerfristig um eine Auseinandersetzung mit der Machtfrage nicht herumkommen. Für einen grundlegenden Wandel müssen die alten Machtapparate zerschlagen werden, was auch eine zwischenzeitliche Eroberung bedeuten kann. Die reale Entwicklung nicht nur der CONAIE - zeigt jedoch die Grenzen sozialer Bewegungen auf, die sich auf die Durchsetzung bürgerlicher Rechte und auf politische und ökonomische Partizipation orientieren. Die Durchsetzung bürgerlicher Gleichheit würde für einen Großteil der Bevölkerung eine Verbesserung der Lebensbedingungen bedeuten. Dennoch bleibt dieser Kampf, solange er allein auf gerechtere Distribution zielt, auf eine reformistische Perspektive beschränkt.

NGOs im Dienste des Staats

Die Frage nach der Beteiligung an der Macht dreht sich nicht nur um die Übernahme der (Staats-)Macht, sondern in heutigen Zeiten auch um die mehr oder minder subtile Einbindung in Regierungshandeln. Ein zunehmend größerer Teil der Regulationsprozesse wird privatisiert und unter anderem an Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) delegiert. Die Dynamik der Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Herrschaftsapparat zeigt sich beispielsweise am Umgang peruanischer Frauengruppen mit dem staatlichen Sterilisierungsprogramm der Regierung Fujimori in den 90ern. (Bitte Fußnote mit Literaturhinweis einfügen) Zwischen 1996 und 1998 fand in Peru eine Sterilisationskampagne statt, in deren Rahmen 200.000 bis 300.000 Personen (davon etwa 90 Prozent Frauen) sterilisiert wurden. Erreicht wurde dies mit einer Mischung aus Lockangeboten wie kostenloser Zahnbehandlung oder Haarschnitt und Androhungen, bei Verweigerung als Subversive behandelt zu werden sowie keine Lebensmittel und keine Gesundheitsversorgung mehr zu bekommen. Die großen feministischen NGOs in Lima - insbesondere die Organisationen Manuela Ramos und Flora Tristan -, die schon seit Ende der siebziger Jahre zum Thema reproduktive Gesundheit gearbeitet hatten, protestierten überraschenderweise nicht dagegen. Im Gegenteil: In der Hochphase der Zwangssterilisationen traten sie einer von staatlicher Seite initiierten Kommission bei, um die

‚reproduktive Gesundheitspolitik‘ in Peru zu koordinieren. Damit legitimierten sie nicht nur das staatliche Programm, sie lobten es sogar auf internationalen Konferenzen. Erst 1998 distanzieren sie sich aufgrund internationaler Proteste halbherzig von dem Regierungsprogramm.

Dieses Verhalten ist mit zwei Aspekten zu erklären. Zum einen befürchteten die Frauen-NGOs, mit einer Kritik des Programms der Kirche in die Hände zu spielen, die grundsätzlich gegen jede Form der Verhütung agitiert. Dieses Teilinteresse ließ sie die Augen vor den sonstigen Folgen des Programms verschließen. Zum anderen erreichten Frauenorganisationen auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, einige Regeln für Bevölkerungsprogramme durchzusetzen, die zum Beispiel Prämien und feste Quoten untersagen. Damit verbunden setzte sich eine Strategie der „partnership“ unter Frauen-NGOs durch, die vor allem durch das informelle Netzwerk HERA vertreten wurden, an dem auch die beiden großen peruanischen Frauen-NGOs beteiligt sind. Diese Einbindung in die Politik setzt die Frauen-NGOs einerseits unter Erfolgsdruck und lockt andererseits mit Geld und Einfluss. So entdeckte Manuela Ramos angesichts einer Zuwendung von 5 Millionen US-Dollar für ein Frauengesundheitsprojekt ihre Sympathie für die für ihre Praktiken berüchtigte amerikanische Entwicklungsagentur US-AID: Nach Kairo zeige dessen Personal „eine hohe Sensibilität für Geschlechterverhältnisse und Frauenrechte“.

Identitätspolitik als Emanzipationsfälle

Neben dem Verhältnis zur Macht und zum Staat ist für soziale Bewegungen das Thema Identitätspolitik also die eigene politische und soziale Verortung als religiöse, ethnische oder anderweitig definierte Bevölkerungsgruppe - ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt ihres Selbstverständnisses. Schon bei den klassischen Befreiungsbewegungen der antikolonialen Phase spielte Identitätspolitik eine wichtige Rolle und hatte weitreichende Auswirkung für die gesellschaftliche Orientierung der postkolonialen Staaten. Mit ihrem Weg des „islamischen Sozialismus“ überließ beispielsweise die algerische Befreiungsbewegung FLN nach der Machtübernahme 1962 große Teile des kulturellen Bereichs den alten religiösen Eliten mit ihren traditionellen Vorstellungen. Die Einführung von Hocharabisch als Landessprache hintertrieb die Bemühungen um eine Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung und grenzte große Teile der nichtarabischen Gruppen, etwa in der Kabylei, aus. Die islamistischen Kräfte, denen die arabische Identitätspolitik insbesondere in religiöser Hinsicht nicht weit genug ging, nutzten die Verschlechterung der Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung in Folge der ökonomischen Krise seit den 80er Jahren aus. In dem Maß, in dem der Staat unter dem Schuldendiktat des IWF seine Sozialleistungen abgebaut hat, besetzten die Islamisten den sozialpolitischen Bereich, beispielsweise mit Volksküchen.

Umso auffälliger ist, dass die seit diesem Jahr verstärkt gegen das algerische Regime und die Islamisten rebellierenden Jugendlichen aus der Kabylei sich nicht auf ihre Identität als marginalisierte Minderheit zurückziehen. Trotz der sprachlichen und religiösen Differenzen zum Rest Algeriens spielen diese keine Rolle, obwohl die Regierung sie als „Berber“ in die Ecke einer ethnisierten Gruppe mit Partikularinteressen drängen will und die Islamisten sie mit Gewalt, die bis hin zu Massakern reicht, bedrohen. Stattdessen fordern die als soziale Bewegung organisierten Rebellierenden sowohl ein Ende der Diskriminierung von Minderheiten als die Verbesserung der sozialen Lage der verarmten Bevölkerung insgesamt.

Der Kampf gegen die Ausgrenzung beträchtlicher Teile der Bevölkerung aus der Dominanzgesellschaft nimmt auch eine zentrale Position in der Politik der ecuadorianischen CONAIE ein. Die Forderungen der Bewegung erschöpfen sich jedoch nicht darin. Auf die Frage nach den konkreten Forderungen bei den Verhandlungen mit der Regierung des Präsidenten Gustavo Noboa sagte Antonio Vargas, Vorsitzender der CONAIE: „Soziale Entwicklungsprogramme für die indigenen Gemeinschaften, kostenlose Gesundheitsversorgung und Schulbildung. Als nächsten Schritt wollen wir mit Noboa über Privatisierung diskutieren, die Auslandsverschuldung und über die Militärbasis Manta, wo die Amerikaner stationiert sind. Und natürlich auch über ein neues solidarisches und soziales

Wirtschaftsmodell und über mehr Autonomie für die einzelnen Regionen." Damit steht die CONAIE für eine Bewegung von Indigenisierten, die ihren Kampf bislang überwiegend in sozialen Kategorien bestimmt.

Die verstärkte Orientierung auf ethnisierte Identitäten ist die Kehrseite einer Politik sozialer Desintegration - insbesondere dort, wo Forderungen nach Antidiskriminierung und Integration in die Dominanzgesellschaft ins Leere laufen. Am Beispiel der Bewegung von Indigenisierten und KleinbäuerInnen um Felipe Quispe in Bolivien wird deutlich, wie ethnische Identitätspolitik in einer Weise zum zentralen Ansatz werden kann, dass soziale Aspekte vollständig in den Hintergrund gedrängt werden. Die von Felipe Quispe gegründete Partei MIP (Movimiento Indígena Pachakuti) steht durch ihre rassistische, auf die Gruppe der Aymara ausgerichtete Identitätspolitik einer gemeinsamen Organisation aller Indigenisierten und KleinbäuerInnen im Weg. (Könnt ihr das ein kleines bisschen näher ausführen? Ist sehr knapp)

Ergänzung von Moritz: So war auf einem unter Federführung von Quispe organisierten bolivienweiten Treffen der Gewerkschaften der KleinbäuerInnen Anfang dieses Jahres (??) die einzige Konferenzsprache Aymara. Die Quechuasprechenden Campesinos waren hierdurch ebenso wie die Spanischsprachigen aus einigen Regionen sowie aus städtischen Organisationen faktisch ausgeschlossen. Das stand und steht der landesweiten Verständigung über den weiteren Kampf gegen die Privatisierungen und den Sozialabbau seitens der Regierung im Wege. Eine emanzipatorische Aufhebungsbewegung der extrem rassistischen Gesellschaftsstruktur Boliviens wird so behindert.

Geschlechterkampf in Weltmarktfabriken

Der internationale Boom der Weltmarktfabriken ist ein wichtiger Bestandteil des Umbruchs von fordistischen zu postfordistischen Regulationsformen. Die ökonomischen und politischen Umbrüche nach dem Ende des Fordismus haben nicht nur eine weltweite Renaissance ethnischer und religiöser Identitätspolitik ausgelöst, sondern auch Geschlechterverhältnisse verändert und damit auch den Umgang sozialer Bewegungen mit ihnen. Deutlich wird dies am Beispiel El Salvador. Etwa ein Drittel der Exportbetriebe dieses mittelamerikanischen Landes sind mittlerweile als Weltmarktfabriken, sogenannte Maquiladoras, organisiert. Über 50.000 Frauen stellen in ihnen aus Asien stammende Textil-Halbfertigprodukte für den US-amerikanischen Markt fertig. Die Arbeitsorganisation in den auch arbeitsrechtlich deregulierten Betrieben der Freihandelszonen in El Salvador, Honduras, Nicaragua und Mexiko unterliegt einem extremen Ausbeutungssystem, in dem die Unterschreitung von Mindestlöhnen ebenso die Regel ist wie die Nichtentlohnung von Überstunden, sexuelle Übergriffe, regelmäßige Schwangerschaftstests oder die Weigerung, Frauen im Krankheitsfall Zeit für einen Arztbesuch zur Verfügung zu stellen.

Diese Bedingungen sind zum Ausgangspunkt von Bewegungen und Organisationen geworden, die sich für Fraueninteressen einsetzen. Ihnen geht es jedoch keineswegs immer nur um den Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter, sondern auch gegen die eigenen Genossen. In El Salvador machte vor allem die Frauenorganisation Movimiento Melida Anaya Montes (MAM) von sich Reden, die bereits in den achtziger Jahren von Mitgliedern der mehrheitlich sozialistisch orientierten FMLN-Guerilla (Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional) aufgebaut worden ist. Seit den neunziger Jahren kämpft die MAM schwerpunktmäßig gegen die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse von Frauen in den Maquiladoras. 1995 spielte sie eine herausragende Rolle im ersten Arbeitskampf in einem Maquila-Unternehmen in El Salvador, der Empresa Mandarin.

In der FMLN sind geschlechtsspezifische Forderungen von Frauenorganisationen lange Zeit als Nebenwiderspruch abgetan worden. Mittlerweile ist eine Quotenregelung durchgesetzt worden, nach der die höchsten Parteigremien zu 30% mit Frauen besetzt sein müssen. Nach Schilderungen von Lorena Pena, seit 1994 Parlamentsabgeordnete der FMLN und Gründungsmitglied der MAM, nahmen auch linke Gewerkschaftsvertreter die Arbeit der

Organisation lange nicht ernst. Seit Mitte der neunziger Jahre kommen nun auch die Gewerkschaften um eine Anerkennung der Arbeit von MAM nicht mehr herum. In Nicaragua arbeiten über 24.000 Menschen in 38 Maquiladoras; über 80% der Beschäftigten sind Frauen. Auch hier wurde die Organisierung von Frauen lange Zeit als Nebenschauplatz abgetan, wenn sich ihre Arbeit gegen die Ausbeutungsverhältnisse in den Maquilas und die Standortpolitik der früheren sandinistischen Guerilla und heutigen Oppositionspartei FSLN richtete.

Ähnlich wie alle sozialen Bewegungen sind jedoch auch die Frauenorganisationen nicht vor der Einbindung in hegemoniale Denk- und Argumentationsmuster gefeit. Im Mai letzten Jahres erregte der Streik der ArbeiterInnen des Textilherstellers Chentex im Rahmen der Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaft der TextilarbeiterInnen CST und der Unternehmensleitung großes Aufsehen. Die Drohung der Unternehmensleitung, Arbeitsplätze abzubauen oder Chentex ganz zu schließen, hat im letzten Jahr zu internationalem Protest und Boykottaufrufen in den USA geführt. Die Frauenorganisation Maria Elena Cuadra, die Arbeiterinnen aus Maquilas organisiert, wendete sich gegen die Arbeitskämpfe. Sie macht den Boykott gegen die Textilproduktion für die Schließung von Unternehmen verantwortlich. Zwar seien die Forderungen der Gewerkschaften richtig, Boykottaufrufe seien jedoch der falsche Weg, da sie Arbeitsplätze gefährdeten. Maria Elena Cuadra scheint die neoliberale Politik der FSLN-Führung, die gute Verwertungsbedingungen für Unternehmen über die Arbeitsbedingungen von Frauen in Maquilas stellt, auch zur ihren gemacht zu haben.

Diejenigen Frauenorganisationen jedoch, die sich nicht nur gegen die besonderen Ausbeutungsverhältnisse von Frauen in lateinamerikanischen Maquiladoras stellen, sondern diese Produktionszonen als sichtbaren Ausdruck neoliberaler Globalisierung grundsätzlich in Frage stellen, verbinden eine geschlechtspezifische und eine antikapitalistische Perspektive linker Politik. Ob ihre Arbeit in den nächsten Jahren aufgrund des fortschreitenden neoliberalen Umbaus lateinamerikanischer Staaten noch an Bedeutung gewinnt, ist eine derzeit noch offene Frage.

Freiheit des Einzelnen

Was bedeuten die Veränderungsprozesse sozialer Bewegungen für hiesige Solidaritätsbewegungen? Das (unkritische) Setzen auf soziale Bewegungen, die keine Ambitionen auf eine staatliche Machtübernahme hegen, löst die in der Vergangenheit bei nationalen Befreiungsbewegungen zu Tage getretenen Probleme nicht. Nötig ist vielmehr ein differenzierter Blick auf die Programmatik und Praxis sozialer Bewegungen. Finden sich etwa in Bezug auf die sozialen Forderungen der CONAIE in Ecuador Anknüpfungspunkte für kritische Solidarität, ist dies bei der nahezu ausschließlich Identitätspolitik betreibenden MIP in Bolivien kaum noch möglich. Das Beispiel von Frauenorganisationen und ihrer Kritik am Maquila-System zeigt, dass es zwar Anknüpfungsmöglichkeiten an ihre antikapitalistischen und geschlechtspezifischen Forderungen gibt, aber kritische solidarische Diskussionen über die jeweiligen politischen Ansätze nötig sind.

Das weitgehende Scheitern nationaler Befreiungsbewegungen verdeutlicht, dass Widerstand und linke Politik über den nationalen Rahmen hinausweisen, aber auch aus den lokalen und regionalen Gegebenheiten hervorgehen und sich darin und in ihrem grenzüberschreitenden Charakter reflektieren müssen. Unsere Vorstellung von kritischer Solidarität haben wir im Buch "Postfordistische Guerrilla" als "kosmopolitischen Kommunismus" bezeichnet. Eine umfassende soziale Befreiung setzt einen antiherrschaftlichen Kampf gegen alle Unterdrückungsverhältnisse voraus, in dem keine Zugeständnisse an volkstümelnde oder andere partikularistische Interessen gemacht werden. Kommunistische Vergesellschaftung bedeutet gleichwohl noch mehr als die Abwesenheit von Herrschaft und Identitäten: Sie erwächst auf der Grundlage der Freiheit der Einzelnen. Dies missachtet zu haben, ist das größte Defizit vieler Befreiungsbewegungen.